

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung, zur Bilanz und zu sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 gelesen werden, der nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt wurde, mit Ausnahme der Erstanwendung der überarbeiteten Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“, der geänderten Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“, und der Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“), deren Auswirkung auf den Konzernabschluss im Abschnitt „Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften“ dargelegt wird.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2010 gewertet werden.

Im zweiten Quartal 2009 wurde die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung rückwirkend angepasst, um Prämien für Finanzgarantien als Aufwand darzustellen, anstatt sie gegen die Erträge zu verrechnen, da sie in keinem direkten Bezug zu ertragsgenerierenden Aktivitäten stehen. Diese Anpassungen hatten keine Auswirkungen auf das Ergebnis nach Steuern, aber einen Anstieg der Sonstigen Erträge und des Sachaufwands und sonstigen Aufwands in Höhe von jeweils 36 Mio € zur Folge.

Im ersten Halbjahr 2010 wurde die Darstellung der Vorperiodenerträge des Konzernbereichs CIB infolge einer Überprüfung der Zuordnung von bestimmten Ertragskomponenten zu den Produktkategorien angepasst. Die Überprüfung führte für das erste Halbjahr 2009 zu einem Transfer von 171 Mio € negativen Erträgen vom Kreditgeschäft zu Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte), für das zweite Quartal 2009 wurden 225 Mio € negative Erträge entsprechend transferiert. Die Erträge aus Sales & Trading (Equity) wurden für das erste Halbjahr 2009 um 38 Mio € reduziert und für das zweite Quartal 2009 um 24 Mio € erhöht, mit entsprechenden Gegeneffekten in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte). Diese Anpassungen hatten keine Auswirkungen auf die Gesamterträge des Konzernbereichs CIB.

Im zweiten Quartal 2010 änderte der Konzern die Darstellung der Gebühren und der Nettoausgleiche im Zusammenhang mit Langlebigkeitsversicherungs- und Langlebigkeitsrückversicherungsverträgen. Dies führte zu einem Transfer von Aufwendungen in Höhe von 54 Mio € im ersten Halbjahr 2010 aus dem Provisionsüberschuss in die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

Im zweiten Quartal 2010 änderte der Konzern die Abschreibungsdauern für aktivierte Aufwendungen für bestimmte erworbene oder selbst erstellte Software von drei Jahren auf fünf oder zehn Jahre. Die Änderung hatte im zweiten Quartal 2010 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Der Konzern wendet Schätzungen bei der Ermittlung der Wertberichtigung für homogene Kreditportfolios an, die auf historischen Erfahrungswerten basierende statistische Modelle verwenden. In regelmäßigen Abständen führt der Konzern Maßnahmen durch, um die verwendeten Eingangsparameter und Modellannahmen an historisch nachgewiesene Verlusthöhen anzugleichen. Entsprechende Anpassungen im Geschäftsjahr 2009 führten im ersten Quartal 2009 zu einer einmaligen Auflösung der Wertberichtigung in Höhe von 60 Mio € sowie im ersten Quartal 2010 zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 28 Mio €.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses im ersten Halbjahr 2010 zur Anwendung kamen.

IFRS 3 und IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum Fair Value zum Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, zu dem der Erwerber einen beherrschenden Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Anteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragenen Gegenleistungen, einschließlich bedingter Gegenleistungen, zum Erwerbszeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in Geschäftsjahren in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewendet werden. IFRS 3 R wurde auf den Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe und von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO angewendet. Im Gegensatz zu früheren Akquisitionen wurden alle Transaktionskosten als Aufwand erfasst. Für eine detaillierte Darstellung verweisen wir auf „Sonstige Finanzinformationen“ in diesem Bericht. IFRS 3 R und IAS 27 R können im Vergleich zu den früheren Versionen der Standards wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, wenn Akquisitionen und Veräußerungen getätigt werden.

Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“)

Im April 2009 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften sind für den Konzern von Bedeutung, waren zum 30. Juni 2010 aber noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

Änderungen der IFRS 2010 („Improvements to IFRS 2010“)

Im Mai 2010 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IAS 24

Im November 2009 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ („IAS 24 R“). IAS 24 R gewährt eine teilweise Ausnahme von den Offenlegungspflichten für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (sogenannte „Government-related Entities“), und enthält eine Klarstellung der Definition eines nahestehenden Dritten. Die überarbeitete Fassung von IAS 24 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 9

Im November 2009 veröffentlichte der IASB IFRS 9, „Financial Instruments“, der einen ersten Schritt seines Projekts zur Ablösung von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, repräsentiert. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die im Anwendungsbereich von IAS 39 liegen, eingeführt. Danach werden alle finanziellen Vermögenswerte auf Basis des Geschäftsmodells des Unternehmens zur Steuerung seiner finanziellen Vermögenswerte sowie der Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts klassifiziert. Ein finanzieller Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn die folgenden zwei Kriterien erfüllt sind: (a) Die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens liegt darin, die finanziellen Vermögenswerte zu halten, um damit die vertraglich festgelegten Zahlungsströme zu erzielen; und (b) die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungen und

Zinszahlungen darstellen. Ein finanzieller Vermögenswert, der die Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, kann nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, wenn hierdurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz erheblich verringert oder beseitigt werden. Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht beide Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, wird in der Folge zum Fair Value bewertet. Ferner ist unter IFRS 9 für finanzielle Basisverträge eine Trennung eingebetteter Derivate nicht mehr erforderlich. Ein hybrider Vertrag, der einen finanziellen Basisvertrag beinhaltet, ist in seiner Gesamtheit entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum Fair Value zu klassifizieren. Nach IFRS 9 ist eine Umklassifizierung zwingend vorzunehmen, wenn sich das Geschäftsmodell des Unternehmens ändert. Solche Änderungen sind selten zu erwarten. In diesem Fall hat eine Umgliederung der betreffenden finanziellen Vermögenswerte prospektiv zu erfolgen. Für vertraglich verknüpfte Instrumente, bei denen Konzentrationen des Kreditrisikos vorliegen, wie es häufig bei Tranchen von Investments in Verbriefungen der Fall ist, gibt es spezifische Regelungen. Zusätzlich zu der Beurteilung der Klassifizierungskriterien von IFRS 9 für das einzelne Finanzinstrument ist eine Durchschau auf die Zahlungsstromereigenschaften des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten erforderlich. Um zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet zu werden, muss das Kreditrisiko der Tranche gleich oder geringer sein als das durchschnittliche Kreditrisiko des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten und diese Finanzinstrumente müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Ist eine Durchschau praktisch nicht möglich, muss die Tranche als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden. Nach IFRS 9 sind alle Eigenkapitaltitel grundsätzlich zum Fair Value zu bewerten. Allerdings besteht für Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, unrealisierte und realisierte Fair-Value-Gewinne und -Verluste erfolgsneutral unter den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten auszuweisen. Dieses Wahlrecht ist nur zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes fallweise ausübbar und nicht revidierbar. Fair-Value-Gewinne und -Verluste werden in den Folgeperioden nicht erfolgswirksam, Dividenden aus solchen Investments hingegen weiterhin erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRS 9 ist retrospektiv anzuwenden, jedoch ist bei einer Anwendung vor dem 1. Januar 2012 keine Anpassung der Vergleichsperioden notwendig. IFRS 9 ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung von IFRS 9 auf den Konzernabschluss.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

Im ersten Halbjahr 2010 gab es keine wesentlichen organisatorischen Änderungen, die sich auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente auswirkten. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden auch für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, wenn diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Im Folgenden werden einige Transaktionen beschrieben, die sich auf die Segmentberichterstattung des Konzerns auswirkten:

- Zum 15. März 2010 erwarb der Konzern die Sal. Oppenheim Gruppe, die mit Ausnahme des Geschäfts der BHF-Bank dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management zugeordnet wurde. Das Geschäft der BHF-Bank wurde dem Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet. Im zweiten Quartal 2010 wurde das Geschäft der BHF-Bank auf den Geschäftsbereich Private Wealth Management im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management übertragen. Diese Änderung wurde für die Darstellung des ersten Halbjahrs 2010 berücksichtigt.
- Am 1. April 2010 hat der Konzern den Erwerb von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) abgeschlossen. Dieses Geschäft wurde dem Unternehmensbereich Global Transaction Banking zugeordnet.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Die Finanzkrise führte zu erheblichen Veränderungen in den Konditionen, zu denen sich bestimmte Geschäftstätigkeiten refinanzieren können. Die Bank veranlasste daraufhin eine Überprüfung ihrer internen Refinanzierungssysteme und beschloss im zweiten Quartal 2009 eine Verfeinerung ihrer internen Refinanzierungssätze, die eine angemessenere Vergütung für Liquidität aus unbesicherten Finanzierungsquellen vorsieht und die Risiken bestimmter Vermögenswerte stärker berücksichtigt.

Nachfolgend sind die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche in den ersten sechs Monaten 2010 beschrieben:

- GTB (59 Mio €) und AWM (10 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (49 Mio €), PBC (1 Mio €) und CI (18 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

In den ersten sechs Monaten 2009 waren die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche wie folgt:

- GTB (55 Mio €), AWM (13 Mio €) und PBC (4 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (66 Mio €) und CI (6 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das zweite Quartal sowie das erste Halbjahr 2010 und 2009.

2. Quartal 2010	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	3.633	1.070¹	4.703	969	1.444	2.414	44	- 6	7.155
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	46	32	77	4	171	175	- 8	0	243
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.801	560	3.362	921	1.040	1.961	117	- 52	5.388
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	1	-	1	0	-	0	-	- 0	2
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	7	-	7	- 0	0	- 0	- 1	- 6	-
Ergebnis vor Steuern	779	478	1.257	45	233	278	- 64	53	1.524
Aufwand-Ertrag-Relation	77 %	52 %	71 %	95 %	72 %	81 %	N/A	N/A	75 %
Aktiva ²	1.686.353	69.541	1.735.668	75.106	131.477	206.550	26.959	11.524	1.925.655
Durchschnittliches Active Equity ³	17.035	1.539	18.574	7.458	3.533	10.991	5.519	4.885	39.969
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	18 %	124 %	27 %	2 %	26 %	10 %	- 5 %	N/A	15 %

N/A – nicht aussagefähig

1 Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung eines negativen Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio €, der für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.

2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.

4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 15 %.

2. Quartal 2009	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	4.646	654	5.299	617	1.414	2.031	660	- 50	7.940¹
Risikoversorge im Kreditgeschäft	771	8	779	4	217	221	- 0	- 0	1.000
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.066	459	3.525	700	1.141	1.841	284	- 25	5.624
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	126	-	126	- 0	-	- 0	-	0	126
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	-	-	-	151	-	157
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 14	-	- 14	- 1	0	- 1	- 1	17	-
Ergebnis vor Steuern	823	187	1.010	- 85	55	- 30	377	- 41	1.316
Aufwand-Ertrag-Relation	66 %	70 %	67 %	113 %	81 %	91 %	43 %	N/A	71 %
Aktiva (zum 31.12.2009) ²	1.308.222	47.414	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ³	19.238	1.169	20.407	4.754	3.717	8.471	4.593	1.410	34.882
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	17 %	64 %	20 %	- 7 %	6 %	- 1 %	33 %	N/A	15 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €, der für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 16 %.

Jan. – Jun. 2010	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	9.625	1.706¹	11.331	1.869	2.857	4.726	196	- 99	16.154
Risikoversorge im Kreditgeschäft	139	28	167	8	340	349	- 10	- 0	506
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.097	1.081	7.178	1.803	2.093	3.896	223	35	11.331
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	141	-	141	0	-	0	-	- 0	140
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	29	-	-	-	-	-	29
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	21	-	21	1	0	1	- 1	- 21	-
Ergebnis vor Steuern	3.368	597	3.965	57	423	480	- 16	- 112	4.317
Aufwand-Ertrag-Relation	63 %	63 %	63 %	96 %	73 %	82 %	114 %	N/A	70 %
Aktiva ²	1.686.353	69.541	1.735.668	75.106	131.477	206.550	26.959	11.524	1.925.655
Durchschnittliches Active Equity ³	16.108	1.420	17.528	6.471	3.490	9.961	5.310	6.024	38.823
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	42 %	84 %	45 %	2 %	24 %	10 %	- 1 %	N/A	22 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung eines negativen Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio €, der für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 22 %.

Jan. – Jun. 2009	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	8.904	1.320	10.224	1.131	2.795	3.927	813	217	15.181¹
Risikoversorge im Kreditgeschäft	1.127	9	1.136	9	382	391	- 0	- 0	1.526
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.650	897	6.547	1.386	2.152	3.538	373	66	10.524
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	62	-	62	0	-	0	-	2	64
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	-	-	-	151	-	157
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 13	-	- 13	- 5	0	- 5	- 1	20	-
Ergebnis vor Steuern	2.141	414	2.555	- 258	262	3	441	132	3.131
Aufwand-Ertrag-Relation	63 %	68 %	64 %	123 %	77 %	90 %	46 %	N/A	69 %
Aktiva (zum 31.12.2009) ²	1.308.222	47.414	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ³	19.686	1.169	20.856	4.606	3.718	8.325	3.767	1.017	33.965
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	22 %	71 %	24 %	- 11 %	14 %	0 %	23 %	N/A	19 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €, die für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleiben.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 19 %.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Consolidation & Adjustments (C&A) verzeichnete im zweiten Quartal 2010 einen Gewinn vor Steuern von 53 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 41 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Diese Ergebnisverbesserung war unter anderem auf eine deutliche Reduzierung von negativen Effekten zurückzuführen, die sich aus unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden zwischen der Managementberichterstattung und IFRS für ökonomisch abgesicherte Positionen ergaben. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf im Jahresvergleich geringere Volatilitäten bei kurzfristigen Zinssätzen im Euro- und US-Dollar-Raum zurückzuführen. Darüber hinaus wurden im zweiten Quartal 2010 Marktwertgewinne auf bestimmte eigene Verbindlichkeiten erfasst, die auf Änderungen unserer Credit Spreads zurückzuführen waren. Im Vorjahresquarter war hier ein Verlust angefallen. Zudem wurden im Vorjahresquarter Gewinne aus Derivaten ausgewiesen, mit denen Auswirkungen aus aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden.

Im ersten Halbjahr 2010 verzeichnete C&A einen Verlust vor Steuern von 112 Mio € gegenüber einem Gewinn vor Steuern von 132 Mio € im ersten Halbjahr 2009. Diese Entwicklung war in erster Linie auf die vorgenannten Gewinne aus Derivaten im Vorjahr zurückzuführen.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für das zweite Quartal sowie das erste Halbjahr 2010 und 2009.

in Mio €	Corporate and Investment Bank			
	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Sales & Trading (Equity)	642	927	1.586	1.142
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.134	2.324	5.936	6.193
Sales & Trading insgesamt	2.776	3.251	7.522	7.335
Emissionsgeschäft (Equity)	135	208	251	298
Emissionsgeschäft (Debt)	283	444	599	574
Emissionsgeschäft insgesamt	418	652	850	872
Beratung	124	72	256	202
Kreditgeschäft	350	540	863	1.131
Transaction Services	862	654	1.498	1.320
Sonstige Produkte	173	129	342	- 636
Insgesamt¹	4.703	5.299	11.331	10.224

¹ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Im ersten Halbjahr 2010 wurde die Zuordnung von Erträgen zu Produktkategorien überprüft. Diese Überprüfung führte in CIB zu einer Umgliederung von bestimmten Produkterträgen, die im Abschnitt „Grundlage der Erstellung“ auf Seite 51 näher erläutert wird.

in Mio €	Private Clients and Asset Management			
	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	634	520	1.229	964
Beratungs-/Brokeragegeschäft	443	380	871	785
Kreditgeschäft	694	630	1.353	1.259
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	501	497	973	933
Sonstige Produkte	142	4	298	- 13
Insgesamt¹	2.414	2.031	4.726	3.927

¹ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Die Darstellung der Erträge in PCAM wurde im ersten Quartal 2010 aufgrund einer Überprüfung und Verfeinerung der Produktklassifizierungen angepasst. Die Änderungen betrafen vor allem die Erträge des Einlagengeschäfts, die bisher zusammen mit Erträgen aus dem Kreditgeschäft berichtet wurden. Für das erste Halbjahr 2009 wurden Erträge des Einlagengeschäfts in Höhe von 717 Mio € mit Erträgen aus Zahlungsverkehr zusammengefasst. Für das zweite Quartal 2009 belief sich dieser Betrag auf 387 Mio €. Erträge aus Kreditprodukten werden jetzt separat berichtet. Erträge aus der Vermittlung von Versicherungen in Höhe von 64 Mio € im ersten Halbjahr 2009 sowie von 33 Mio € im zweiten Quartal 2009, die zuvor unter Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen ausgewiesen wurden, werden jetzt unter Beratungs-/Brokeragegeschäft berichtet. Diese Änderungen erhöhen die Transparenz und bilden das Management der Produkte besser ab. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst. Die Erträge von PCAM blieben insgesamt unverändert.

Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Zinsüberschuss	3.975	2.764	7.646	6.607
Handelsergebnis ¹	- 968	2.534	2.158	4.459
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	1.078	77	532	416
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	110	2.611	2.690	4.875
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.085	5.375	10.336	11.482
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:				
Sales & Trading (Equity)	545	765	1.342	766
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	1.923	2.120	5.278	6.112
Sales & Trading insgesamt	2.468	2.885	6.620	6.877
Kreditgeschäft ³	126	98	426	469
Transaction Services	400	366	668	639
Übrige Produkte ⁴	106	131	262	141
Corporate and Investment Bank insgesamt	3.100	3.480	7.976	8.127
Private Clients and Asset Management	1.076	1.087	2.140	2.073
Corporate Investments	- 39	372	- 60	742
Consolidation & Adjustments	- 52	436	280	539
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.085	5.375	10.336	11.482

1 Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten sowie aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

2 Beinhaltet Verluste von 97 Mio € für das zweite Quartal 2010 (zweites Quartal 2009: minus 30 Mio €) und von 127 Mio € für das erste Halbjahr 2010 (erstes Halbjahr 2009: minus 169 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Fair-Value-Änderungen korrespondierender Instrumente in Höhe von minus 64 Mio € für das zweite Quartal 2010 (zweites Quartal 2009: 92 Mio €) und minus 11 Mio € für das erste Halbjahr 2010 (erstes Halbjahr 2009: minus 274 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

3 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

4 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	932	682	1.743	1.409
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	891	919	1.802	1.752
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	764	641	1.503	1.263
Provisionsüberschuss insgesamt	2.587	2.242	5.048	4.424

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Aufwendungen für Pensionspläne:				
Laufender Dienstzeitaufwand	61	44	119	95
Zinsaufwand	132	116	260	232
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	– 123	– 101	– 243	– 203
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	6	2	13	11
Pensionspläne insgesamt	76	61	149	135
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:				
Laufender Dienstzeitaufwand	1	–	2	1
Zinsaufwand	2	2	4	4
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	3	2	6	5
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	79	63	155	140
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	52	48	123	112
Pensionsaufwendungen insgesamt	131	111	278	252
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	43	40	85	79

Die gesamten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2010 voraussichtlich 275 Mio € betragen. Die endgültige Festlegung wird im vierten Quartal 2010 erfolgen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:				
EDV-Aufwendungen	534	422	1.037	847
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	392	384	752	735
Aufwendungen für Beratungsleistungen	377	233	676	486
Kommunikation und Datenadministration	195	170	372	346
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	142	98	261	190
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	105	104	203	211
Marketingaufwendungen	76	65	140	129
Übrige Aufwendungen	528	725	1.109	1.244
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	2.349	2.201	4.550	4.188

Angaben zur Bilanz (nicht testiert)

Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	241.966	206.710
Sonstige Handelsaktiva ¹	30.908	28.200
Handelsaktiva insgesamt	272.874	234.910
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	802.709	596.410
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	115.118	89.977
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.067	19.987
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	13.581	12.964
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	12.064	11.072
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	165.830	134.000
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.241.413	965.320

1 Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 24.312 Mio € zum 30. Juni 2010 (31. Dezember 2009: 21.847 Mio €).

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Handelspassiva:		
Wertpapiere	68.865	62.402
Sonstige Handelspassiva	3.151	2.099
Handelspassiva insgesamt	72.016	64.501
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	787.011	576.973
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	101.503	52.795
Kreditzusagen	833	447
Langfristige Verbindlichkeiten	15.904	15.395
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	6.289	4.885
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	124.529	73.522
Investmentverträge¹	7.607	7.278
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	991.163	722.274

1 Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufswerte den Fair Values.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Festverzinsliche Wertpapiere	21.082	13.851
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.956	3.268
Sonstiger Anteilsbesitz	1.063	699
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.457	1.001
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	27.558	18.819

Der Anstieg der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte ist im Wesentlichen auf die Erstkonsolidierung der Sal. Oppenheim Gruppe zurückzuführen.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

Im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 wurden bestimmte Handelsaktiva und finanzielle Vermögenswerte aus der Bilanzkategorie „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgegliedert. Im ersten Halbjahr 2010 wurden keine weiteren Umgliederungen vorgenommen.

Voraussetzung für eine Umgliederung ist, dass das Management die Zweckbestimmung des Vermögenswerts von einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht in die Absicht des Haltens auf absehbare Zeit geändert hat und die Bank die Fähigkeit besitzt, den Vermögenswert für absehbare Zeit im Bestand zu halten. Die Umgliederung erfolgt dann zum Fair Value des Vermögenswerts zum jeweiligen Umgliederungsstichtag. Die nachfolgende Darstellung zeigt im Detail die Auswirkungen der Umklassifizierungen auf den Konzernabschluss.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values aller in 2008 und 2009 umklassifizierten Vermögenswerte.

in Mio €	Kumulierte Reklassifizierungen bis 30.6.2010			Kumulierte Reklassifizierungen bis 30.6.2009		
	Buchwert am Umbuchungsstichtag	30.6.2010		Buchwert am Umbuchungsstichtag	30.6.2009	
		Buchwert	Fair Value		Buchwert	Fair Value
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	26.594	24.223	21.738	26.594	25.502	21.638
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.354	9.683	8.726	11.354	10.335	8.245
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden	37.948	33.906¹	30.464	37.948	35.837	29.883

1 Der Rückgang der Buchwerte seit Reklassifizierung ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen, Wertberichtigungen und Verkäufe zurückzuführen.

Die Bandbreiten für die Effektivzinssätze auf Basis gewichteter Durchschnitte einzelner Geschäftsbereiche und die erwarteten erzielbaren Cashflows waren am Umbuchungsstichtag wie folgt.

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Kumulierte Reklassifizierungen bis 30.6.2010		Kumulierte Reklassifizierungen bis 30.6.2009	
	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Effektivzinssätze am Umbuchungsstichtag				
obere Grenze	13,1 %	9,9 %	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Cashflows am Umbuchungsstichtag	39,6	17,6	39,6	17,6

Wären die finanziellen Vermögenswerte nicht reklassifiziert worden, hätten sich die folgenden Effekte in den unrealisierten Fair-Value-Gewinnen/-Verlusten und in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten des Konzerns ergeben.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (–) aus umklassifizierten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 26	– 377	196	– 1.421
Wertminderungsverluste (–) aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertaufholung erfolgte	11	83	3	– 23
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (–) in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	44	357	169	– 48

Nach der Umgliederung haben die umklassifizierten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zum Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Zinserträge	313	310	633	698
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 51	– 423	– 154	– 578
Sonstige Erträge ¹	9	–	2	–
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten Handelsaktiva	271	– 113	481	120
Zinserträge	38	57	75	124
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	– 85	–	– 148
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	38	– 28	75	– 24

¹ Die im ersten Halbjahr abgewickelten Verkäufe von Krediten hatten keinen Einfluss auf das Ergebnis. In den Sonstigen Erträgen ausgewiesene Gewinne beliefen sich auf 2 Mio €. Verluste in Höhe von 2 Mio € wurden in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft berücksichtigt.

Aus im ersten Halbjahr 2009 umklassifizierten Handelsaktiva waren unrealisierte Fair-Value-Verluste von 48 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das erste Halbjahr 2009 enthalten.

Problemkredite und IFRS-wertgeminderte Kredite

Im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO hat der Konzern auch Kredite erworben, für die zuvor eine einzeln ermittelte Wertberichtigung von Sal. Oppenheim oder ABN AMRO gebildet worden war. Diese Kredite hat der Konzern zum Fair Value in die Bilanz übernommen, der über die erwarteten Zahlungsströme bestimmt wurde und das Kreditrisiko zum Zeitpunkt ihrer Konsolidierung reflektierte. Solange sich die Erwartung des Konzerns für die Zahlungsströme dieser Kredite seit ihrer Akquisition nicht verschlechtert hat, beurteilt er diese nicht als Problemkredite.

in Mio €	30.6.2010			31.12.2009		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	5.601	2.334	7.935	5.937	2.186	8.123
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	72	274	346	55	266	321
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	951	167	1.118	252	217	469
Problemkredite insgesamt	6.624	2.775	9.399	6.244	2.669	8.913
davon: IFRS-wertgeminderte Kredite	4.954	2.456	7.410	4.903	2.298	7.201

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Mio €	Jan. – Jun. 2010			Jan. – Jun. 2009		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	247	279	526	1.034	484	1.518
Nettoabschreibungen	- 191	- 198	- 389	- 146	- 145	- 291
Abschreibungen	- 212	- 250	- 462	- 163	- 211	- 374
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	21	52	73	17	66	83
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/ Sonstige	49	13	62	- 19	- 19	- 38
Bestand am Periodenende	2.134	1.408	3.542	1.846	1.281	3.127

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft in Mio €	Jan. – Jun. 2010			Jan. – Jun. 2009		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	83	124	207	98	112	210
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 15	- 5	- 20	17	- 9	8
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	- 42	-	- 42
Veränderungen des Konsolidierungskreises	9	-	9	-	-	-
Wechselkursveränderungen	-	13	13	5	2	7
Bestand am Periodenende	77	132	209	78	105	183

Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	53.498	43.890
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	7.837	6.837
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	6.136	9.229
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	89.494	33.496
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	156.965	93.452
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.183	3.426
Sonstige	35.262	24.660
Sonstige Aktiva insgesamt	195.410	121.538

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	43.243	40.448
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	29.854	31.427
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	6.002	5.708
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	85.858	33.214
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	164.957	110.797
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.437	3.713
Sonstige	49.460	39.771
Sonstige Passiva insgesamt	217.854	154.281

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	89.260	76.536
mit variabler Verzinsung	49.276	47.646
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	4.727	3.548
mit variabler Verzinsung	3.921	4.052
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	147.184	131.782

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	30.6.2010	31.12.2009
Ausgegebene Stammaktien	620,9	620,9
Eigene Aktien im Bestand	1,6	0,7
– davon Aktienrückkaufprogramm	1,0	0,6
– davon sonstige Bestände	0,6	0,1
Ausstehende Stammaktien	619,3	620,2

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die folgenden beiden Tabellen geben einen Überblick über die Risikoaktiva, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital sowie die Kapitaladäquanzquoten des für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Konzerns. Zahlenangaben basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss präsentierten Eigenkapitalstandard („Basel II“), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2010	31.12.2009
Kreditrisiko	244.613	217.003
Marktrisiko ¹	24.670	24.880
Operationelles Risiko	34.177	31.593
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	303.460	273.476
Tier-1-Kapital ²	34.316	34.406
davon: Kern-Tier-1-Kapital ²	22.752	23.790
Tier-2-Kapital	1.858	3.523
Tier-3-Kapital	–	–
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt²	36.174	37.929
Tier-1-Kapitalquote ²	11,3 %	12,6 %
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ²	7,5 %	8,7 %
Gesamtkapitalquote ²	11,9 %	13,9 %

1 Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, berechnet mit einem Konfidenzniveau von 99 % und 10 Tagen Haltedauer.

2 Ohne Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten des Tier-1- und Tier-2-Kapitals des Konzerns.

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Tier-1-Kapital:		
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente:		
Stammaktien	1.589	1.589
Kapitalrücklage	14.917	14.830
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile ohne beherrschenden Einfluss	26.067	21.807
Vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	– 12.316	– 10.238
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten:		
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	– 2.277	– 2.120
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten ¹	– 4.165	– 1.033
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	– 1.063	– 1.045
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten ^{1,2}	– 7.505	– 4.198
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	22.752	23.790
Zusätzliches Tier-1-Kapital:		
Nicht kumulative Vorzugsanteile	11.564	10.616
Zusätzliches Tier-1-Kapital	11.564	10.616
Tier-1-Kapital insgesamt	34.316	34.406
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	519	331
Kumulative Vorzugsanteile	300	294
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	8.544	7.096
Teilweise vom Tier-2-Kapital in Abzug gebrachte Posten ^{1,2}	– 7.505	– 4.198
Tier-2-Kapital insgesamt	1.858	3.523

1 Gemäß § 10 Absatz 6 und § 10 Absatz 6a in Verbindung mit § 10a KWG.

2 Ohne Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben gezeigten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, der Konzern nutzt jedoch diese Übergangsregelung für die Meldung seiner Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Zum 30. Juni 2010 betrug der Übergangsposten 445 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoaktiva um diesen Betrag erhöht. Dem entsprechend beliefen sich zum Ende des Berichtsquartals die gemeldete Tier-1-Kapitalquote und die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 11,4 % beziehungsweise 12,0 %.

Zusagen und Eventualverbindlichkeiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den Nominalwert der unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten. Eventualverbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Unwiderrufliche Kreditzusagen	116.589	104.125
Eventualverbindlichkeiten	67.395	52.183
Insgesamt	183.984	156.308

Die hier gezeigten Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten bilden nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme aus diesen Verträgen ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme fällig werden. Eventuell verlangt der Konzern die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern.

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

In Bezug auf einige der unten angeführten Rechtsstreitigkeiten wurden keine Rückstellungen gebildet. Bei Offenlegung von Einzelheiten hierzu ist zu befürchten, dass dies die Lage der Gruppe ernsthaft beeinträchtigen könnte.

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern Einschätzungen in großem Umfang, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann

hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jedes der nachstehend dargestellten Verfahren, die jeweils mehrere Streitgegenstände umfassen, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

Steuerbezogene Finanzprodukte. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und/oder frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten in diesen Verfahren, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irreführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um als Sammelklagen bezeichnete Verfahren. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 95 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa sieben weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages), einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery). Gegenüber der Deutschen Bank wird außergerichtlich eine Anzahl weiterer Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden bereits beigelegt. Von diesen außergerichtlich geltend gemachten Ansprüchen sind noch vier ungeregelt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und Anfang 2002 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen, einschließlich der Deutschen Bank, bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung

der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Bereitstellung und Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. In einem Strafverfahren gegen vier Personen, die das DOJ im Jahr 2005 angeklagt hatte, wurden im Dezember 2008 drei Personen verurteilt. Im Mai 2009 wurden vier weitere Personen strafrechtlich verurteilt, die das DOJ wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, angeklagt hatte. Im Juni 2009 hat das DOJ fünf weitere Personen wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, und zwei ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Deutschen Bank angeklagt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof (BGH) dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch die Grundlage seiner Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung der Deutschen Bank AG ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € samt Zinsen als Entschädi-

gung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen sind weder die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens noch die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH ausreichend dargelegt worden.

Asset-backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften (zusammen die „Deutsche Bank“) haben Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und dem Handel mit Asset-backed Securities (verzinslichen strukturierten Wertpapieren, die mit Forderungsrechten besichert sind), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten, einschließlich, unter anderem, Residential Mortgage-backed Securities (verzinslicher strukturierter Wertpapiere, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind), Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps, beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Residential Mortgage-backed Securities Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) sowohl nach Bundesrecht als auch dem Recht einzelner Bundesstaaten sowie allgemeiner Rechtsgrundsätze (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide Financial Corporation („Countrywide“) oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere bezieht, sowie ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Central District of California, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter Mortgage Pass-through Certificates von der Countrywide bezieht; (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Northern District of California, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; und (5) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch der DBSI, als Platzeure verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden und von dem DBSI am 31. März 2010 noch nicht rechtskräftig ausgenommen wurde; und (6) eine von der Federal Home Loan Bank of San Francisco („FHLB SF“) beim San Francisco Superior Court eingereichte Klage bezüglich der Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, als Emittenten und Platz-

eure verschiedener von der FHLB SF erworbener Mortgage Pass-through Certificates. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank, einschließlich der DBSI, Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Am 5. April 2010 hat das Gericht dem Abweisungsantrag der Deutschen Bank teilweise stattgegeben und teilweise abgelehnt. Ansonsten befinden sich diese zivilrechtlichen Verfahren in einem frühen Stadium.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von Deutscher Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. Am 24. März 2010 hat das Gericht die Sammelklage abgewiesen, jedoch den Klägern die Möglichkeit eingeräumt, eine erweiterte Klage einzureichen. Die Deutsche Bank AG, DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in 16 Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Das als Sammelklage bezeichnete Verfahren und zwölf der Einzelklagen sind noch rechtshängig, während sich vier der Einzelklagen durch rechtskräftige Abweisung erledigt haben. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wurde behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden jedoch am 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen. Die Kläger haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, bei denen es um das Angebot und den Vertrieb von ARS ging. Im August 2008 schlossen die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und der North American Securities Administration Association ab, die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertraten, in denen sich die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichteten, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die wohltätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben hatten, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche ARS von der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften erworben hatten, zu erarbeiten, eine Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ an die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden zu zahlen und weitere einzelstaatliche Anordnungen zur zukünftigen Einhaltung von anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu befolgen. Am 3. Juni 2009 hat die DBSI die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung vom August 2008 gegenüber dem NYAG und dem New Jersey Bureau of Securities erfüllt und einen Vergleich mit der Securities and Exchange Commission („SEC“) abgeschlossen, der die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung mit den Einzelstaaten berücksichtigt und bestimmte zusätzliche Absprachen enthält, nach denen die SEC berechtigt ist, eine zusätzliche Geldbuße von der DBSI zu verlangen, wenn die DBSI nach Auffassung der SEC ihre Verpflichtungen aus dem Vergleich nicht einhält. Seitdem

hat die DBSI von einigen einzelstaatlichen und innerstaatlichen Behörden Zahlungsaufforderungen erhalten, in denen diese Behörden ihren Anteil an der Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ geltend machen. Die DBSI erwartet, dass sie Zahlungsaufforderungen in den nächsten Monaten abwickeln kann und die geltend gemachten Anteile an der Gesamtstrafe an die jeweiligen Einzelstaaten zahlt.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen im Auftrag von Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden nach Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 erhoben. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Ein Klageabweisungsantrag ist derzeit anhängig.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen, einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten, wie für vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank-Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 30. Juni 2010 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 9 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 19 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2009 betrugen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 9 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 21 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäft mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten und werden nachfolgend offengelegt.

Kredite

An nahestehende Unternehmen begebene Kredite und gewährte Garantien entwickelten sich im Berichtszeitraum beziehungsweise im Geschäftsjahr 2009 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2010	31.12.2009
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	965	834
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	17	366
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	100	209
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	- 179	- 83
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 13	57
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand²	690	965
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	31	4
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	29	31
Garantien und sonstige Verpflichtungen ³	409	135

- 1 In 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen mit an nahestehende Unternehmen begebenen Krediten, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden.
- 2 Davon waren zum 30. Juni 2010 keine Forderungen und zum 31. Dezember 2009 15 Mio € überfällig. Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 30. Juni 2010 4 Mio € (31. Dezember 2009: 4 Mio €) auf Joint Ventures.
- 3 Beinhaltet Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe, Haftungsübernahmeerklärungen und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

Einlagen

Von nahestehenden Unternehmen erhaltene Einlagen entwickelten sich im Berichtszeitraum beziehungsweise im Geschäftsjahr 2009 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2010	31.12.2009
Einlagen, Anfangsbestand	367	246
Einlagenzuflüsse	61	287
Einlagenabflüsse	99	161
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	- 147	- 6
Wechselkursveränderungen/Sonstige	3	1
Einlagen, Endbestand²	185	367

- 1 In 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Von diesen Unternehmen erhaltene Einlagen werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen mit von nahestehenden Unternehmen erhaltenen Einlagen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden.
- 2 Die oben genannten Einlagen wurden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs getätigt. Zum 30. Juni 2010 waren im Bestand Einlagen von Joint Ventures in Höhe von 0,5 Mio € (31. Dezember 2009: 0,4 Mio €) enthalten.

Zum 30. Juni 2010 bestanden positive und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen jeweils in Höhe von 5,3 Mrd € beziehungsweise 4,6 Mrd €. Positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit assoziierten Unternehmen betragen zum 31. Dezember 2009 3,7 Mrd € beziehungsweise 3,0 Mrd €.

Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Postbank AG

Im Geschäftsjahr 2009 hat die Deutsche Bank AG zusätzlich zum Erwerb der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG einen Vertrag über eine Kooperation mit der Postbank abgeschlossen. Die Kooperation umfasst die Bereiche Investmentprodukte, Finanzierungsprodukte, Firmenkundengeschäft und gewerbliche Finanzierung sowie kundennahe Serviceleistungen. Darüber hinaus beinhaltet sie die Bereiche Einkauf und IT-Infrastruktur.

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 30. Juni 2010 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Wesentliche Transaktionen

Sal. Oppenheim. Am 15. März 2010 schloss die Deutsche Bank AG („Deutsche Bank“) den vollständigen Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe zu einem in bar entrichteten Kaufpreis von insgesamt rund 1,3 Mrd € ab. Von dieser Summe entfielen rund 0,3 Mrd € auf die BHF Asset Servicing GmbH („BAS“), die weiterverkauft und von der übrigen Sal. Oppenheim Gruppe getrennt bilanziert wird. Der Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile an der in Luxemburg ansässigen Holding Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. („Sal. Oppenheim S.C.A.“) basiert auf der Rahmenvereinbarung, die im vierten Quartal 2009 mit den früheren Gesellschaftern der Sal. Oppenheim S.C.A. getroffen wurde und diesen die Option gewährt, sich mit bis zu 20 % langfristig an der deutschen Privatbanktochter Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA zu beteiligen. Zum Bilanzstichtag hatte die Option einen Fair Value von null. Der Erwerb stärkt die Asset and Wealth Management-Aktivitäten des Konzerns im Bereich des gehobenen Privatkundengeschäfts, der Familienvermögen und Stiftungen in Europa, insbesondere in Deutschland. Die Vermögensverwaltungsaktivitäten der Sal. Oppenheim Gruppe werden eigenständig unter der etablierten Marke der traditionsreichen Privatbank ausgebaut. Dabei soll der einzigartige Charakter der Privatbank erhalten bleiben. Das integrierte Vermögensverwaltungs-konzept für private und institutionelle Kunden bleibt bestehen.

Mit dem Erwerb erlangte der Konzern einen beherrschenden Einfluss über die Sal. Oppenheim S.C.A., welche anschließend eine hundertprozentige Tochter der Deutschen Bank wurde. Sämtliche Geschäftsaktivitäten der Sal. Oppenheim Gruppe, darunter das gesamte Asset Management, die Investmentbank, die BHF-Bank Gruppe („BHF-Bank“), die BAS und das in einer eigenständigen Holding geführte Private-Equity-Dachfondsgeschäft der Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A., gingen auf die Deutsche Bank über. Im Zuge der Akquisition wurden alle Geschäftseinheiten der Sal. Oppenheim Gruppe in den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management integriert, mit Ausnahme der BHF-Bank und der BAS, welche zunächst in den Konzernbereich Corporate Investments aufgenommen wurden. Im zweiten Quartal 2010 wurden auch diese Einheiten in den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management übertragen. Da bis zum 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen vorlagen, wurde der Erwerbszeitpunkt auf diesen Tag festgesetzt. Entsprechend wurde die Sal. Oppenheim Gruppe seit dem ersten Quartal 2010 in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Jahresverlauf 2010 stellt die Sal. Oppenheim Gruppe ihr Investment-Banking-Geschäft ein. Die Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales wurden im zweiten Quartal 2010 von der australischen Macquarie Gruppe übernommen. Die BHF-Bank wird als separate Einheit weitergeführt, während die Deutsche Bank verschiedene strategische Optionen mit der BHF-Bank prüft. Der vereinbarte Verkauf der BAS an die Bank of New York Mellon wird voraussichtlich im dritten Quartal 2010 abgeschlossen werden. Zum 30. Juni 2010 wird die BAS als zum Verkauf bestimmt bilanziert. Ferner erwarb der Konzern im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim Gruppe die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften, die im ersten Quartal 2010 weiterverkauft wurden.

Der gegenwärtig erwartete Fair Value des für die Sal. Oppenheim Gruppe und für die BAS entrichteten Gesamtaufpreises beträgt zum Erwerbszeitpunkt rund 1,3 Mrd €. Als Teil der mit den früheren Gesellschaftern von Sal. Oppenheim S.C.A. geschlossenen Rahmenvereinbarung könnte sich jedoch der Kaufpreis in Abhängigkeit von der Entwicklung bestimmter Risikopositionen (insbesondere Rechts- und Kreditrisiken) bis zum Jahr 2015 um bis zu rund 0,5 Mrd € erhöhen. Zum Bilanzstichtag hatte diese bedingte Kaufpreiskomponente einen geschätzten Fair Value von null. Auf Basis vorläufig bestimmter Fair Values für erworbene identifizierbare Vermögenswerte und übernommene Schulden werden durch die Akquisition ein Goodwill von rund 0,8 Mrd € beziehungsweise sonstige immaterielle Vermögenswerte von rund 0,2 Mrd € ausgewiesen. Aufgrund der Komplexität der Transaktion sind die Allokation des Kaufpreises sowie die Bestimmung des Netto-Fair-Value der zum Zeitpunkt der Akquisition identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten der Sal. Oppenheim Gruppe noch vorläufig, sodass die Eröffnungsbilanz nicht abgeschlossen ist.

Der aus der Akquisition hervorgehende Goodwill setzt sich hauptsächlich aus Synergien zusammen, die durch die Zusammenlegung bestimmter Geschäftsaktivitäten in den Bereichen der Vermögensverwaltung sowie aufgrund einer größeren Marktpräsenz in diesen Geschäftsbereichen in Deutschland, Luxemburg, der Schweiz und Österreich zu erwarten sind. Der Goodwill wird voraussichtlich nicht steuerlich abzugsfähig sein. Zu den ausgewiesenen sonstigen immateriellen Vermögenswerten zählen hauptsächlich Software, Kundenbeziehungen und Markennamen. Bei der Allokation des Kaufpreises setzte die Deutsche Bank eine Eventualverbindlichkeit von rund 0,4 Mrd € für Risiken an, die im Zusammenhang mit bestimmten erworbenen Geschäftseinheiten der Sal. Oppenheim Gruppe stehen. Derzeit ist davon auszugehen, dass die Verbindlichkeit in den kommenden fünf Jahren beglichen sein wird. Die Deutsche Bank analysiert weiterhin die Risiken und den möglichen Zeitrahmen der Mittelabflüsse.

Im Anschluss an die Akquisition, aber noch am Abschlusstag des Erwerbs, führte die Deutsche Bank bei ihrer neuen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim S.C.A. eine Kapitalerhöhung über 195 Mio € durch. Dieser Betrag ist nicht Bestandteil der Kaufpreiszahlung und dementsprechend nicht in der zuvor genannten Ermittlung des Goodwill enthalten.

Die im ersten Halbjahr 2010 erfassten akquisitionsbezogenen Kosten beliefen sich auf 14 Mio € und sind in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns unter Sach- und sonstigem Aufwand ausgewiesen.

Seit der Übernahme hat die Sal. Oppenheim Gruppe (exklusive BAS) Erträge von 224 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 120 Mio € zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns beigetragen. Wäre die Akquisition zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern für das erste Halbjahr 2010 dadurch Erträge in Höhe von 253 Mio € und einen Verlust nach Steuern in Höhe von 148 Mio € ausgewiesen.

Da die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen ist, konnten nicht alle erforderlichen Angaben gemacht werden. Dies beinhaltet Informationen über erworbene Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Angaben zu der Eröffnungsbilanz.

ABN AMRO. Am 1. April 2010 hat die Deutsche Bank AG („Deutsche Bank“) den Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) zu einem Kaufpreis von 0,7 Mrd € in bar abgeschlossen. Der Abschluss erfolgte nach der Genehmigung durch die Europäische Kommission und andere Aufsichtsbehörden. Mit Wirkung zum Abschlussdatum erlangte die Deutsche Bank Kontrolle über die erworbenen Geschäftseinheiten und hat diese entsprechend im zweiten Quartal 2010 erstmalig konsolidiert. Die Übernahme ist ein wichtiges Element in der Strategie der Deutschen Bank, ihr klassisches Bankgeschäft weiter auszubauen. Mit der Übernahme ist die Deutsche Bank zum viertgrößten Anbieter von Bankdienstleistungen für Firmenkunden in den Niederlanden geworden.

Die Übernahme beinhaltete den Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile und umfasst die folgenden Geschäftseinheiten:

- zwei Firmenkundeneinheiten in Amsterdam und Eindhoven, die Großkunden betreuen,
- 13 Filialen, die kleine und mittelständische Unternehmen betreuen,
- die Hollandsche Bank Unie N.V. („HBU“) mit Sitz in Rotterdam,
- die IFN Finance B.V., der niederländische Teil des zu ABN AMRO gehörenden Factoringdienstleisters IFN Group.

Die beiden Firmenkundeneinheiten, die 13 Filialen und die HBU firmierten unmittelbar nach der Übernahme in Deutsche Bank Nederland N.V. um. Sowohl die Deutsche Bank Nederland N.V. als auch die IFN Finance B.V. sind jetzt direkte Tochtergesellschaften der Deutschen Bank. Die übernommenen Geschäftseinheiten, die mehr als 34.000 Kunden betreuen und 1.300 Mitarbeiter beschäftigen, verwenden den Markennamen Deutsche Bank und sind innerhalb des Konzerns in den Unternehmensbereich Global Transaction Banking integriert.

Da die Übernahme erst vor Kurzem abgeschlossen wurde, sind die Allokation des Kaufpreises und die Bestimmung der Fair Values für erworbene identifizierbare Vermögenswerte und übernommene Schulden noch vorläufig. Weil die Eröffnungsbilanz noch nicht abschließend erstellt ist, konnten noch keine umfassenden Angaben über die zum Erwerbszeitpunkt anzusetzenden Fair Values der identifizierbaren erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten gemacht werden. Im Rahmen der vorläufigen Allokation des Kaufpreises wurden Kundenbeziehungen im Umfang von rund 0,2 Mrd € als sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen. Aufgrund des Unterschieds zwischen dem Fair Value identifizierbarer erworbener Nettovermögenswerte und dem Fair Value der übertragenen Gegenleistung wurde ein negativer Goodwill von

rund 0,2 Mrd € erfasst, der in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für das zweite Quartal 2010 als Gewinn in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen wurde. Der Hauptgrund für die Erfassung des negativen Goodwill war der Verkauf von Teilen des niederländischen Firmenkunden- und Factoringgeschäfts von ABN AMRO gemäß den Auflagen der Europäischen Kommission, nachdem die ABN AMRO Holding N.V. im Oktober 2007 von einem Konsortium, bestehend aus The Royal Bank of Scotland, Fortis Bank und Banco Santander, übernommen worden war. Der erfasste Gewinn ist steuerfrei.

Im Rahmen der Akquisition wird ABN AMRO eine anfängliche Absicherung für Kreditrisiken über 75 % aller Verluste aus dem übernommenen Forderungsportfolio (exklusive IFN Finance B.V.) bereitstellen. Die maximale Absicherung ist auf 10 % des Portfoliovolumens begrenzt. Zum Zeitpunkt des Erwerbs belief sich die gesamte Absicherungssumme auf rund 0,6 Mrd €. Diese ist als Ausgleichsforderung erfasst und wird über die erwartete durchschnittliche Laufzeit des zugrunde liegenden Portfolios aufgelöst.

Die im ersten Halbjahr 2010 erfassten akquisitionsbezogenen Kosten beliefen sich auf 10 Mio € und sind in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns unter Sach- und sonstigem Aufwand ausgewiesen.

Seit der Übernahme und ohne Berücksichtigung des oben erwähnten Gewinns aus dem negativen Goodwill haben die übernommenen Geschäftsaktivitäten mit Erträgen von 130 Mio € und einem Ergebnisbeitrag nach Steuern von 19 Mio € zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns beigetragen. Wäre die Akquisition zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern daraus für das erste Halbjahr 2010 (ohne die Berücksichtigung des oben erwähnten Gewinns aus dem negativen Goodwill) Erträge in Höhe von 193 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 28 Mio € ausgewiesen.

Aufgrund der Komplexität der Transaktion ist die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen. Entsprechend konnten bestimmte Angaben noch nicht gemacht werden. Dies beinhaltet Informationen über erworbene Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Angaben zur Eröffnungsbilanz.

Hua Xia Bank. Am 6. Mai 2010 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine verbindliche Vereinbarung über die Zeichnung neu emittierter Aktien der Hua Xia Bank Co. Ltd. („Hua Xia Bank“) zu einem Gesamtpreis von bis zu 5,7 Mrd RMB (entsprechend 684 Mio € zum 30. Juni 2010) unterzeichnet hat. Die Zeichnung ist Teil einer Privatplatzierung von Aktien, die an die drei größten Aktionäre der Hua Xia Bank gerichtet ist. Die Emission hat einen Gesamtwert von bis zu 20,8 Mrd RMB (entsprechend 2,5 Mrd € zum 30. Juni 2010). Vorbehaltlich aufsichtsrechtlicher Genehmigungen wird sich die gegenwärtige Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank, die als zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswert bilanziert ist, durch die Transaktion von 17,12 % auf 19,99 % des ausgegebenen Kapitals erhöhen. Diese Transaktion wird Einfluss auf die Ergebnisse zukünftiger Perioden haben.

Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Zum 30. Juni 2010 hat der Konzern seine Tochtergesellschaft BHF Asset Servicing GmbH, die dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet war, zum Verkauf bestimmt. Der Kauf dieser Tochtergesellschaft wurde als separate Transaktion neben dem Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe im ersten Quartal 2010 behandelt. Der Vertrag für den Weiterverkauf wurde bereits unterzeichnet. Der Abschluss der Transaktion wird für das dritte Quartal 2010 erwartet.

Im zweiten Quartal 2010 hat der Konzern mehrere Private Equity Investments, die AWM zugeordnet waren, zum Verkauf bestimmt. Diese Private Equity Investments wurden zuvor im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim Gruppe erworben. Der Verkauf wird innerhalb eines Jahres erwartet.

Zum 30. Juni 2010 hat der Konzern mehrere Veräußerungsgruppen, drei assoziierte Unternehmen, einen Kredit sowie Immobilienvermögen im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) als zum Verkauf bestimmt bilanziert. Diese Aktiva und Passiva waren bereits zum 31. Dezember 2009 zum Verkauf bestimmt. Der Verkauf wird für das zweite Halbjahr 2010 erwartet.

Der Konzern hat die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter den Sonstigen Aktiva und den Sonstigen Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, ausgewiesen. Dies führte zu einer Wertminderung von 5 Mio € im zweiten Quartal 2010, die unter den Sonstigen Erträgen in CB&S ausgewiesen wurde. Die Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des IAS 39 bewertet.

Zum 30. Juni 2010 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 2,6 Mrd €. Die zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten betragen 2,0 Mrd €.

Der Konzern hat ebenfalls entschieden, die von der Sal. Oppenheim Gruppe eingebrachten Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales zu verkaufen. Diese wurden AWM zugeordnet. Die Transaktion wurde im April 2010 abgeschlossen.

Im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim Gruppe erwarb der Konzern die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften, die AWM zugeordnet wurden. Diese Veräußerungsgruppen waren ebenfalls beim Erwerb zum Verkauf bestimmt. Die Transaktion wurde im März 2010 abgeschlossen.

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Zielgrößendefinitionen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Größen des historischen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter Beträge im Vergleich zu gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden. Der Konzern bezeichnet die Definition von bestimmten Anpassungen als „Zielgrößendefinition“, da der Konzern in der Vergangenheit oder in der Zukunft solche nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen angewandt hat oder anwenden wird, um seine finanziellen Ziele zu bemessen.

Die nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen des Konzerns, die sich auf das Ergebnis beziehen, basieren auf Zielgrößendefinitionen. Auf IFRS basierende Finanzkennzahlen werden um bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Gebäuden) oder bestimmte signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Wertminderungen auf Immaterielle Vermögenswerte oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) bereinigt, wenn diese Gewinne oder Aufwendungen keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder des Konzerns haben.

Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern (gemäß Zielgrößendefinition): Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis vor Steuern), bereinigt um bestimmte signifikante Gewinne und Aufwendungen.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Ergebnis vor Steuern	1.524	1.316	4.317	3.131
Abzüglich Anteile ohne beherrschenden Einfluss, vor Steuern	- 7	17	- 22	20
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern	1.516	1.332	4.294	3.151
Zuzüglich/abzüglich (-):				
Bestimmter signifikanter Gewinne (abzüglich dazugehöriger Kosten)	- 208 ¹	- 126 ²	- 208 ¹	- 126 ²
Bestimmter signifikanter Belastungen	-	151 ³	-	429 ⁴
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern (Zielgrößendefinition)	1.309	1.357	4.086	3.454

1 Gewinn aus der Vereinnahmung von negativem Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio €.

2 Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €.

3 Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €.

4 Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €.

Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity gemäß Zielgrößendefinition): Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße basiert auf dem prozentualen Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern gemäß Zielgrößendefinition am durchschnittlichen Active Equity des Konzerns, das wie unten beschrieben definiert ist. Für Vergleichszwecke wird auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) dargestellt. Diese ist als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare

Ergebnis vor Steuern) am den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital definiert. Ebenfalls als Referenz wird die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) gezeigt, die als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis vor Steuern) am durchschnittlichen Active Equity berechnet wird.

Durchschnittliches Active Equity: Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die der Konzern das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt, sind durchschnittliche unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und aus Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung ausgezahlt wird. Die in der Berechnung des Durchschnittlichen Active Equity verwendeten Steuersätze entsprechen denen, die auch für die jeweiligen Geschäftsvorfälle im Konzernabschluss verwendet wurden. Somit wird kein Durchschnittssteuersatz angewendet.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	40.328	34.254	39.121	33.165
Zuzüglich/abzüglich (-):				
Durchschnittlicher unrealisierter Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und aus Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern) ¹	49	899	151	1.100
Durchschnittlicher Dividendenabgrenzungen	- 407	- 272	- 449	- 299
Durchschnittliches Active Equity	39.969	34.882	38.823	33.965
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	15,0 %	15,6 %	22,0 %	19,0 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	15,2 %	15,3 %	22,1 %	18,6 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrößendefinition)	13,1 %	15,6 %	21,1 %	20,3 %

¹ Der auf unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten sowie aus Cash Flow Hedges resultierende Steuer-effekt betrug im zweiten Quartal 2010 minus 404 Mio € (zweites Quartal 2009: minus 802 Mio €) und im Sechsmontatszeitraum 2010 minus 408 Mio € (Sechsmontatszeitraum 2009: minus 835 Mio €).

Ergebnis je Aktie (verwässert, gemäß Zielgrößendefinition): Die nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße für den Anstieg des Ergebnisses je Aktie basiert auf dem Ergebnis je Aktie (verwässert, gemäß Zielgrößendefinition), das als den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis) nach angenommener Wandlung, bereinigt um signifikante Gewinne/Aufwendungen nach Steuern und bestimmte signifikante Steuereffekte, geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung, definiert ist.

Zum Vergleich ist außerdem das Ergebnis je Aktie (verwässert) angegeben, das als den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis) nach angenommener Wandlung, geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung, definiert ist.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009 ¹	2010	2009 ¹
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.160	1.092	2.922	2.277
Zuzüglich/abzüglich (-):				
Bestimmter signifikanter Gewinne/Belastungen, nach Steuern	- 208 ²	- 28 ³	- 208 ²	193 ⁴
Bestimmter signifikanter Effekte aus Ertragsteuern	-	-	-	-
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (Zielgrößendefinition für EPS)	952	1.064	2.714	2.470
Ergebnis je Aktie (verwässert)	1,75 €	1,64 €	4,35 €	3,53 €
Ergebnis je Aktie (verwässert, Zielgrößendefinition)	1,43 €	1,60 €	4,04 €	3,83 €

- 1 Die Vorjahreswerte für bestimmte signifikante Gewinne/Belastungen, nach Steuern sowie das Ergebnis je Aktie (verwässert, Zielgrößendefinition) wurden angepasst.
- 2 Gewinn aus der Vereinnahmung von negativem Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio €.
- 3 Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio € und Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 98 Mio €.
- 4 Abschreibung in Höhe von 221 Mio € auf Industriebeteiligungen, Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio € und Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 98 Mio €.

Leverage Ratio (Zielgrößendefinition): Eine Leverage Ratio ergibt sich aus der Division der Bilanzsumme durch das Eigenkapital. Der Konzern veröffentlicht eine bereinigte Leverage Ratio, die auf der Grundlage einer Zielgrößendefinition errechnet wird. Für diese werden die folgenden Bereinigungen durchgeführt: (1) Die Bilanzsumme gemäß IFRS wird so angepasst, dass die nach Maßgabe von US GAAP, jedoch nicht gemäß IFRS geltenden Nettingbestimmungen berücksichtigt werden, um eine bereinigte Bilanzsumme (nach US GAAP) zu erhalten, und (2) das Eigenkapital gemäß IFRS wird so angepasst, dass die Gewinne und Verluste aus sämtlichen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten (nach Steuern) berücksichtigt werden, um das bereinigte Eigenkapital zu erzielen. Diese Berechnung beruht auf einem Durchschnittssteuersatz von 35 %. Ziel dieser Bereinigungen ist es, eine bereinigte Leverage Ratio auszuweisen, die mit der Leverage Ratio bestimmter Wettbewerber des Konzerns, die nach US GAAP bilanzieren und sämtliche eigene Verbindlichkeiten zum Fair Value bewerten, besser vergleichbar ist.

Bilanzsumme und Eigenkapital in Mrd €	30.6.2010	31.12.2009
Bilanzsumme (IFRS)	1.926	1.501
Bereinigung von Derivaten gemäß Nettingbestimmungen nach US GAAP	- 735	- 533
Bereinigung von nicht termingerecht abgewickelten Geschäften gemäß Netting-Bestimmungen nach US GAAP	- 139	- 71
Bereinigung von Wertpapierpensionsgeschäften gemäß Nettingbestimmungen nach US GAAP	- 9	- 5
Bereinigte Bilanzsumme („gemäß US GAAP“)	1.043	891
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (IFRS)	42,6	38,0
Bereinigung von Gewinnen (Verluste) aus sämtlichen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten (nach Steuern) ¹	3,4	1,3
Bereinigtes Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (angepasst)	46,0	39,3
Leverage Ratio basierend auf dem Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		
Gemäß IFRS	45	40
Gemäß Zielgrößendefinition	23	23

¹ Schätzung aufgrund der Annahme, dass sämtliche eigenen Verbindlichkeiten zum Fair Value bewertet wurden. Der kumulative Steuereffekt bezüglich der Gewinne (Verluste) aus sämtlichen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten belief sich zum 30. Juni 2010 auf minus 1,8 Mrd € und zum 31. Dezember 2009 auf minus 0,7 Mrd €.